

## Literaturberichte

### **Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sowie die „Alternativ-Empfehlungen“ und ihre Aufnahme in Polen**

von

Walter Kuhn

Nach dem Warschauer Normalisierungsvertrag zwischen Deutschland und Polen vom 7. Dezember 1970 wurden ältere Bemühungen zur Revision der beiderseitigen Schulbücher für Geschichte und Geographie wieder aufgenommen. Führend auf deutscher Seite war dabei Prof. Dr. Georg Eckert, der Gründer und Leiter des „Internationalen Schulbuch-Instituts“ in Braunschweig. Unter Förderung der beiderseitigen UNESCO-Kommissionen trafen sich deutsche und polnische Gelehrte, Schulmänner und Schulbuchverleger erstmals im Februar 1972 in Warschau und im April dieses Jahres in Braunschweig zur Besprechung der strittigen Fragen. Für die Zeit bis 1945 gelangten sie schnell zu Ergebnissen. Sie veröffentlichten erste „Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland“ im „Internationalen Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht“, Bd 13. Größere Schwierigkeiten bereiteten die Fragen der Nachkriegszeit. So erschienen die ergänzten und endgültigen „Empfehlungen“ erst 1977 in einer zweisprachigen polnisch-deutschen Ausgabe.<sup>1</sup> Dabei wurden die Formulierungen von 1972 mit geringen Änderungen wiederholt. Von den 15½ Textseiten, die in jeder Sprache dem Geschichtsunterricht gewidmet sind, betreffen 2½ das Mittelalter, 1½ die Neuzeit bis zu den Teilungen Polens, 7½ die Zeit bis 1945 und 4 die Nachkriegsjahre. Das Schwergewicht liegt also einseitig auf der jüngeren Geschichte, und für die ältere kann mancher wichtige Punkt kaum angedeutet werden.

Der Gedanke, ältere Verzerrungen des Geschichtsbildes über die deutsch-polnischen Beziehungen auch in den Schulbüchern zu beheben, ist sicherlich begrüßenswert. Ihm kam die vorausgehende Entwicklung der Geschichtsforschung entgegen. Heute hält auf deutscher Seite kaum ein Forscher mehr an der Meinung vom normannischen Ursprung des polnischen Staates oder an jener von der Lostrennung Schlesiens von Polen schon im Jahre 1163 fest. Auch hinsichtlich der Teilungen Polens oder der Bismarckschen Polenpolitik sind die Ansichten anders geworden als in der Kaiserzeit.

Aber neben den Bereichen, wo eine Einigung leicht zu erreichen war, stehen gewichtige andere, in denen die Meinungen der Historiker bis jetzt auseinandergehen und die Diskussion weiterläuft. Hier war es nicht möglich, in einigen kurzen und gedrängten Tagungen zu voller Übereinstimmung zu kommen. Teilweise haben sich die „Empfehlungen“ geholfen durch Weglassung des Strittigen, gewissermaßen durch Beschränkung auf den größten gemeinsamen

---

1) Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen. Veröffentlichung der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Institutes für internationale Schulbuchforschung, Bd 22), Braunschweig 1977, Selbstverlag des Georg-Eckert-Institutes für internationale Schulbuchforschung, 56 S. Siehe auch unten Anm. 2.

Teiler der deutschen und polnischen Anschauungen. Das wird z. B. bei der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung deutlich. Hier heißt es (S. 15): „Diese Siedler spielten bei der wirtschaftlich-sozialen Umwandlung der westslawischen Länder vom 12. bis zum 14. Jh. eine positive Rolle.“ Das stimmt, aber es ist doch völlig unzulänglich, um die weitreichenden Wirkungen der Siedlung zu kennzeichnen. Auch der Schlußsatz: „Die endgültige Bildung der deutschen Neustämme östlich der Elbe kam erst einige Jahrhunderte nach der mittelalterlichen deutschen Siedlung zum Abschluß“, ist nicht geradezu falsch, zumal in Schlesien und Ostpreußen die sprachliche Verdeutschung der Slawen bis 1945 weiterging. Aber er legt doch Mißverständnisse allzu nahe. Hier sollte offenbar den Anschauungen vieler polnischer Forscher entgegengekommen werden, daß die bäuerlichen deutschen Siedler des 13. Jhs., zumal in Schlesien und Pommern, einer schnellen Slawisierung erlagen und die Deutschwerdung dieser Länder erst später von den großen Städten ausging.

Im Kapitel „Polen und der Deutsche Orden“ waren die wissenschaftlichen Gegensätze so stark, daß den „Empfehlungen“ (S. 17) nichts anderes übrigblieb als die — an sich selbstverständliche — Aufzählung der zu behandelnden Kapitel und der Zusatz: „Dieser Problemkomplex bedarf trotz gewisser Fortschritte, die auf der Konferenz in Thorn im September 1974 erzielt werden konnten, noch weiterer gründlicher Behandlung.“ Der Vergleich der Fassungen von 1972 und 1977 zeigt solche Fortschritte nicht.

Bei aller Notwendigkeit, aus der Fülle der geschichtlichen Tatsachen auszuwählen, wird dennoch die Einseitigkeit zugunsten der polnischen Wünsche immer wieder deutlich. Ein schönes Beispiel der Ausgewogenheit ist es, wenn unter „Industrialisierung“ (S. 23—25) die polnische Zuwanderung ins Ruhrgebiet im 19. Jh. der deutschen ins Lodzer Textilgebiet gegenübergestellt wird. Aber oft mangelt dieses Gleichgewicht. Es wird betont (S. 13), daß die im Osten siedelnden Ostgermanen keine Vorfahren der deutschen Stämme waren, nicht aber, daß ein Zusammenhang zwischen der Lausitzer Kultur und dem späteren Slawentum nicht nachzuweisen ist. Von Copernicus wird gesagt (S. 17), daß er polnischer Reichsbürger, nicht aber, daß er deutscher Volkszugehörigkeit war. Bei den Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg werden (S. 31) die — nur — 60 v. H. deutscher Stimmen in Oberschlesien angeführt, nicht aber die 98 v. H. in Masuren. Die polenfeindliche Politik Preußens nach 1870 wird (S. 25) klar gekennzeichnet, die Bedrückung der deutschen Minderheit in Polen nach 1919 aber kaum angedeutet. Die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen gegen die Polen werden — gerechterweise — mit kräftigen Worten verurteilt (S. 35). Die Vertreibung der Deutschen ab 1945, die mit dem milderem Worte „Zwangsumsiedlung“ bezeichnet wird, wird dagegen ohne jede Wertung einfach als Tatsache verzeichnet. Die Begründung, daß durch sie die staatlichen und ethnischen Grenzen in Übereinstimmung gebracht werden sollten, mutet merkwürdig an, da eben erst durch die Erweiterung des polnischen Machtgebietes bis zur Oder-Neiße-Linie diese Grenzen in Nichtübereinstimmung gebracht worden waren.

Die anschließenden Empfehlungen zum Geographie-Unterricht umfassen nur 3½ Seiten und beschränken sich auf Allgemeinheiten. S. 47 heißt es: „In Karten und Darstellungen für den Schulgebrauch sollen Autoren und Verleger die offiziell im jeweils anderen Land verwendeten Ortsnamen berücksichtigen. Aus didaktischen Gründen kann eine zweisprachige Bezeichnung erforderlich sein.“ Damit wird den deutschen Lehrern, wenn auch etwas verklausuliert, nahegelegt, Namen wie Wrocław und Szczecin zu bevorzugen. Dem weiteren Satz:

„Namen, die auf eine gezielte Germanisierungstendenz zurückgehen, sollen nicht verwendet werden“, kann man im allgemeinen zustimmen. Wieder aber fehlt das Gegenstück. Sind die zahllosen künstlichen polnischen Namensschöpfungen nach 1945, wie Dzierzoniów für das schlesische Reichenbach oder Mrągowo für das ostpreußische Sensburg, nicht Merkmale einer gezielten Polonisierungspolitik? Im Vorbeigehen sei angemerkt, daß die „Empfehlungen“ diesen Empfehlungen keineswegs nachgekommen sind. Im deutschen Text ist ebenso von Danzig, Elbing, Christburg usw. die Rede wie im polnischen von Brunzwwik.

Der Gesamteindruck bleibt zwiespältig. In manchen Punkten werden die „Empfehlungen“ nützen. In vielen Punkten können sie bei ihrer übergroßen Kürze und einseitigen Auswahl nur solchen Lehrern dienen, welche die geschichtlichen deutsch-polnischen Beziehungen ohnehin gut kennen, das heißt also, welche die Empfehlungen nicht brauchen. Bei der leider überwiegenden Menge der mangelhaft Unterrichteten können sie, wenn sie unkritisch befolgt werden, schweren Schaden anrichten.

Daß es so kommen mußte, ist aus der politischen und wissenschaftlichen Situation der Gegenwart verständlich. Von den wirklichen Sachkennern wurden nur wenige in die deutsche Kommission berufen. Sie konnten bei der Aufteilung der Beratungen in verschiedene Gruppen gar nicht überall nach dem Rechten sehen. Die Polen verfügten über mehr Experten — kein Wunder, da die Beziehungen zu Deutschland in der polnischen Geschichte eine ungleich größere Rolle spielen als umgekehrt. Bei allem guten Willen des einzelnen hatten die polnischen Gelehrten politische Rücksichten gegenüber ihrer Regierung zu nehmen. So wurde eine Erwähnung des Hitler-Stalin-Paktes oder der Morde von Katyn in den „Empfehlungen“ unmöglich.

An sich ist schon der Gedanke bedrückend, daß das Prinzip der Schulbuchverhandlungen den Versuch bedeutet, die Wahrheit durch Kommissionsbesprechungen und politisch mitbestimmte Kompromisse zu finden. Ist es denn wirklich ein so großes Übel, wenn, solange Unterschiede in der wissenschaftlichen Auffassung bestehen, auch verschieden unterrichtet wird?

Die Folgen aus den Schulbuchempfehlungen, die man voraussehen konnte, beginnen sich jetzt einzustellen. In Polen als einem autoritären Staat wird es kaum Schwierigkeiten geben, den „Empfehlungen“, die ohnehin dem polnischen Standpunkt entgegenkommen, den Charakter von Aufträgen zu geben und sie in die Praxis umzusetzen. Das gleiche erwarten polnische Stellen nun von Deutschland. Hier besteht aber Meinungsfreiheit, und die Schulfragen sind nicht Sache des Bundes, sondern der Länder. Zumindest die von den Unionsparteien regierten Bundesländer haben Bedenken gegen die Übernahme der Empfehlungen und betrachten sie so, wie sie sich selbst nennen, als Empfehlungen, die man annehmen oder ablehnen kann, — ganz abgesehen davon, daß das Schrumpfen des Geschichts- und Geographie-Unterrichts an den höheren Schulen Deutschlands eine Berücksichtigung der Beziehungen zu Polen in dem Maße, wie sie die Polen gerne sähen, kaum mehr ermöglicht. Die deutsche Zurückhaltung aber wird von polnischen Stellen als Rückfall in den Revanchismus gedeutet. Die Annahme der Empfehlungen soll zum Prüfstein einer wirklichen Entspannungs- und Versöhnungsbereitschaft gemacht werden. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Die „Empfehlungen“ des Eckert-Institutes haben in Deutschland Zustimmung und mehr oder weniger scharfe Ablehnung ausgelöst und sicherlich manchen Lehrer in Zweifel versetzt. Dagegen soll Hilfe durch die „A l t e r -

nativ-Empfehlungen“ gebracht werden, die drei jüngere deutsche Historiker zusammengestellt haben.<sup>2</sup> Sie gehen, wie schon der Titel andeutet, vom Text der „Empfehlungen“ aus, ergänzen ihn, wo es nötig erscheint, durch — kursiv gedruckte — Einschübe und lassen unrichtige oder bedenkliche Stellen fort, auch solche, die durch die Zusätze überflüssig geworden sind. Diese Streichungen, die als solche gekennzeichnet sind, reichen von der Weglassung eines „nur“ bis zur Streichung ganzer Absätze. Hinter jeder These schließen „Erläuterungen“ an, welche die Änderungen begründen, aber nicht zum eigentlichen Text der Alternativen gehören. Dieses Verfahren schont den Wortlaut der Empfehlungen so weit wie möglich, nicht nur nach Stoffwahl und Gliederung in Thesen, sondern auch nach der Reihenfolge der Gedanken. Unter solchen Bedingungen in das vorgegebene Gehäuse die nötigen Berichtigungen einzubauen, bedeutet schon rein stilistisch eine nicht geringe Aufgabe. Sie ist zufriedenstellend gelöst worden.

Hinzugefügt wird in den Alternativen etwa die Bedeutung der Christianisierung für die Entstehung des polnischen Staates. Die kirchlichen Fragen waren in den „Empfehlungen“ weitgehend vernachlässigt worden. Gleiches gilt auch für das vielfach feindliche polnisch-russische Verhältnis, ohne das die deutsch-polnischen Beziehungen nicht voll verständlich sind. Die nötigen Tatsachen vom Nordischen Krieg bis zum Hitler-Stalin-Pakt 1939 werden eingefügt. Die kulturellen Leistungen in der Zeit der beiden Sachsenkönige in Polen werden in einer Ausführlichkeit behandelt, welche die praktischen Möglichkeiten des Schulunterrichtes wohl übersteigt. Die Oberschlesien betreffenden Teile der These „Grenzfragen“ sind weitgehend neu gefaßt; die „Empfehlungen“ hatten die abstimmungslose Abtretung des Hultschiner Ländchens oder die Annexion des Olsagebietes durch Polen 1938 weggelassen. Ein „Anhang“ der Alternativen behandelt ausführlich die politischen Beziehungen Schlesiens und Pommerns zu Polen und dem Deutschen Reich sowie die Geschichte des Ordensstaates Preußen ohne Anlehnung an die „Empfehlungen“, in denen diese Kapitel zu kurz gekommen waren.

In der konkreten Anführung der Tatsachen, in der ausgewogenen Stoffauswahl und dem Bemühen um eine objektive Darstellung sind die „Alternativen“ den „Empfehlungen“ weit überlegen. Sie bieten eine brauchbare Grundlage für den Geschichtsunterricht an deutschen Schulen. Noch verbleibende Unvollkommenheiten — so sind S. 9 bei der deutschen Zuwanderung nach Polen seit dem 16. Jh. neben den Niederländern und Schlesiern die Pommern nicht genannt, obwohl sie den räumlich größten Anteil hatten — erklären sich aus dem Zwange der Einpassung in den Text der „Empfehlungen“. Sie war nötig, um die Mängel der „Empfehlungen“ voll deutlich zu machen. Eine von diesen unabhängige deutsche Darstellung hätte aber sicherlich anders ausgesehen.

Auch die „Alternativ-Empfehlungen“ haben Widerspruch ausgelöst. Als polnischer Sprecher nimmt in der führenden polnischen historischen Zeitschrift

---

2) J. J. Menzel, W. Stribrny, E. Völker: Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern, Mainz (1979), v. Hase u. Koehler Verlag, 31 S. Weitere Ausgabe (u. a.) zusammen mit den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in: Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Fakten, Meinungen, Argumente, Folge 5: Schulbuch-Empfehlungen, Hannover 1979. Vgl. auch: Landtag Rheinland-Pfalz: Deutschland und Polen im Schulbuch, Mainz (1980), S. 55—87: Empfehlungen...; S. 89—124: Alternativ-Empfehlungen...

„Kwartalnik historyczny“ Franciszek Ryszka mit erheblicher sachlicher und persönlicher Schärfe Stellung gegen die, wie er sie nennt, „Anti-Empfehlungen“.<sup>3</sup> Eine Auseinandersetzung mit ihm geht am besten von seinen einzelnen Einwendungen aus.

Fehler im Tatsächlichen kann R. kaum nachweisen. Die Bezeichnung von Copernikus als „preußischer Patriot“ (These 7) soll ein Nonsens sein. Aber das war er doch, natürlich ein Patriot seines damaligen Vaterlandes, des Königlichen Preußen, wie es aus der Teilung von 1466 hervorgegangen war, und er hat dieser Vaterlandsliebe z. B. in seiner Denkschrift zur preußischen Münzreform (1528) deutlich Ausdruck gegeben.

Bei These 9 bezeichnet R. die Angabe als sinnlos, bei den Teilungen Polens (Stand von 1815) habe Rußland 82 v. H. erhalten, Österreich 10 und Preußen 8 v. H. Freilich waren die Länder des russischen Teilgebietes teilweise dünner besiedelt, aber dafür gibt es keine genauen Zahlen. Und das räumliche Vordringen Rußlands bis zur Prosna wird durch die angeführten Hundertsätze exakt gekennzeichnet.

Wenn R. den „Alternativen“ (These 12) widerspricht, wo sie den Mangel „wirtschaftlicher Aktivität“ bei den polnischen Zuwanderern im Ruhrgebiet feststellen, und den Verfassern deswegen schlechten Willen vorwirft, so hat er dabei den Text seiner Gegner entstellt. Nicht von einfacher „wirtschaftlicher Aktivität“ ist in den Alternativen die Rede, sondern von „unternehmerischer und industrieplanerischer Initiative“. Eine solche konnten die armen, in das Ruhrgebiet einwandernden Bergleute gar nicht entfalten. Die Gegenüberstellung zu den deutschen Meistern und Fabrikanten, welche die Lodzer Textilindustrie aus Nichts aufbauten, ist also gerechtfertigt.

In These 19 sagen die Alternativen, die zunehmend schwieriger werdende Lage der deutschen Minderheit in Polen sei nicht der wirkliche Kriegsgrund für Hitler gewesen, sondern nur ein brauchbarer Vorwand. Das stimmt natürlich, und R. bestreitet es nicht. Er meint jedoch, die Stelle sei eine „besonders unangenehme“ Vortäuschung von Objektivität und vor allem dazu bestimmt, ein beliebtes Argument der deutschen Revisionisten zur Sprache zu bringen. Aber die zunehmende Bedrängnis der Deutschen in Polen ist eine unbestreitbare Tatsache, wenn auch die „Alternativen“ darauf verzichteten, Einzelheiten (wie Schulschließungen, den Kampf gegen die evangelischen Kirchen in Kongreßpolen und Oberschlesien, das Grenzzonengesetz usw.) anzuführen. — Zustimmung kann man R. aber darin, daß der Antisemitismus in Polen nicht aus dem „Dritten Reich“ übernommen wurde. Er war älteren und heimischen Ursprungs.

Für absurd hält es R., wenn (These 21) die 8,5 Millionen vertriebenen Deutscher und die 1,5 Millionen aus den russisch gewordenen Gebieten umgesiedelten Polen einander gegenübergestellt werden. Er bezweifelt die Richtigkeit dieser Zahlen, die doch aus Volkszählungen und darauf aufgebauten Berechnungen völlig gesichert sind.<sup>4</sup>

Eine Reihe von Zusätzen der „Alternativen“ wird bemängelt, da sie nach R. vom Thema abgleiten. Es handelt sich meist um Dinge, die Rußland betreffen:

3) F. Ryszka: Jeszcze raz o rewizji podręczników polskich i zachodniemieckich, czyli o „Antizaleceniach“ [Nochmals über die Revision der polnischen und westdeutschen Lehrbücher oder über die „Antiempfehlungen“], in: Kwartalnik historyczny 86 (1979), H. 1, S. 155—159.

4) Vgl. „Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50“, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart 1958.

seine Einflußnahme in Polen seit dem Nordischen Krieg, sein Anteil an den Teilungen, der polnisch-russische Krieg 1919 bis 1921, der Hitler-Stalin-Pakt 1939 — seine Erwähnung ist nach R. „vollkommen überflüssig“ (zupelnie zbedny) — und die Abhängigkeit Polens von Rußland seit 1945. Das alles gehe über das Thema der deutsch-polnischen Beziehungen hinaus, sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Geschichte Polens und passe nicht zu den Intentionen der Empfehlungen. „Die Empfehlungen konzentrierten sich auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Die Anti-Empfehlungen gehen darüber hinaus und stellen damit den Sinn der ganzen Empfehlungen in Frage.“ Sie seien eine „Verletzung der polnischen Interessen“ (S. 156).

Solche Einwände lassen durchblicken, mit welchen Argumenten bei den Schulbuchbesprechungen die polnischen Vertreter die Erwähnung von Tatsachen verhinderten, deren Hervorhebung heute in Polen unerwünscht sein muß, da sie das polnisch-russische Verhältnis belastet. Aber die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen haben sich ja nicht im luftleeren Raum abgespielt, sondern in den unlösbaren Zusammenhängen der europäischen Geschichte. Sie sind ohne Kenntnis dieser Zusammenhänge nicht voll verständlich. Diese gehören daher auch in den Unterricht und in die Schulbuchempfehlungen.

Vermag R. also die Alternativ-Empfehlungen nicht zu widerlegen, so wirft sein Beitrag doch interessante Lichter auf das Zustandekommen der Empfehlungen.

## Bemerkungen zu einer Biographie Kārlis Ulmanis'

von

Jürgen von Hehn

Kārlis Ulmanis (1877—1942) war unzweifelhaft die bedeutendste politische Persönlichkeit der unabhängigen Republik Lettland: Staatsgründer von 1918, in der Folge siebenmal als Ministerpräsident Regierungschef und dann nach seinem Staatsstreich 1934 weiterhin als Ministerpräsident und seit 1936 zugleich auch als Staatspräsident bis zur Annexion Lettlands durch die Sowjetunion Staats- und Volksführer („vadonis“), Diktator. Das Urteil über ihn, sowjetischerseits schon immer negativ, ist inzwischen auch unter seinen Landsleuten außerhalb des sowjetischen Hoheitsbereichs kritischer geworden. Während auch heute noch fast durchweg sowohl auf lettischer bürgerlicher als auch sozialdemokratischer Seite zugegeben wird, daß Ulmanis „Verdienste“ um die Gründung des Staates gehabt habe und ein bedeutender lettischer Politiker gewesen sei<sup>1</sup>, findet die letzte Phase seines Wirkens, sein autoritäres Regime, nur noch wenige Verteidiger und kaum freundliche Kommentare. Zwar gab der Bericht-

---

1) So Br. Kalniņš in seiner Rezension der hier anzuzeigenden Ulmanis-Biographie Ed. Dunsdorfs' in: Brīvība. Latvijas Sociāldemokrātiskās strādnieku partijas mēnežraksts 1979, Nr. 1/2.